

Bayern und die USA – Gemeinsam eine transatlantische Zukunft gestalten

Position
Stand: Januar 2026

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Globalen Herausforderungen mit transatlantischen Lösungen begegnen

Die Beziehungen zwischen Bayern und den Vereinigten Staaten von Amerika sind geprägt von langjähriger Freundschaft und engen wirtschaftlichen Verflechtungen. Uns verbinden die Werte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, auch wenn diese auf der anderen Seite des Atlantiks zunehmend in Gefahr geraten. Seit Jahrzehnten sind die Vereinigten Staaten der größte Exportmarkt für bayerische Waren. Insgesamt waren die USA 2024 mit einem Handelsvolumen von 41,6 Mrd. Euro der zweitgrößte Handelspartner Bayerns.

Wichtig ist aber auch die Bedeutung der bayerischen Wirtschaft in den USA: Bayerische Unternehmen sichern dort rund 728.000 Arbeitsplätze und tragen mehr als 131 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung bei.

Angesichts der globalen Herausforderungen – zunehmende geopolitische Rivalitäten, eine veränderte Weltwirtschaftsordnung und Klimawandel – wollen wir weiterhin eng und vertrauensvoll mit unserem transatlantischen Partner zusammenarbeiten.

Allerdings haben sich die Bedingungen mit dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident geändert. Seine erratische und protektionistische Handelspolitik hat die Unternehmen verunsichert und belastet. Mit der politischen Einigung konnte die EU einen Handelskrieg vermeiden. Klar ist aber auch: Die Zölle verteuern unsere Exporte, reduzieren unser Wachstum und erschweren allgemein den Handel mit den USA. Die EU muss versuchen, Nachbesserungen beim Handels-Deal zu erreichen. Mittelfristiges Ziel muss es bleiben, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse (wieder) abzubauen.

Zudem muss die EU jetzt zügig die noch bestehenden Binnenmarkt-Hindernisse zwischen den Mitgliedstaaten abbauen und mit möglichst vielen Staaten und Regionen Partnerschafts- und Handelsabkommen schließen, um den Außenhandel unserer Unternehmen zu unterstützen und zu diversifizieren. Die Bundesregierung muss eine aktive Rolle auf EU-Ebene einnehmen und sich für Geschlossenheit einsetzen.

Bertram Brossardt
20. Januar 2026

Inhalt

Position auf einen Blick	1	
1	Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit	2
1.1	Die Außenhandelsbeziehungen mit den USA	2
1.2	Die USA als Investitionsziel Nummer eins für die bayerische Wirtschaft	6
2	Globale Herausforderungen	8
2.1	Geopolitische Spannungen	8
2.2	Veränderte Weltwirtschaftsordnung	8
2.3	Klimawandel und Dekarbonisierung	9
3	Wirtschaftsagenda Trump 2.0	10
3.1	Handelspolitik – Zölle	10
3.2	Wirtschaftspolitik – US-Steuer- und Haushaltsgesetz	11
3.3	Energie, Klima und Umwelt	12
3.4	Außenpolitik	13
3.5	Angriff auf die Wissenschaft	14
3.6	Trumps KI-Aktionsplan	14
4	Kernforderungen der vbw	16
4.1	Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten	16
4.2	Machtdistanz in den transatlantischen Beziehungen halten	16
4.3	Freihandel stärken	17
4.4	Regionalpartnerschaften pflegen	18
4.5	Technologiepartnerschaften ausbauen	18
4.6	Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden	18

Position auf einen Blick

Unter US-Präsident Donald Trump wird die transatlantische Zusammenarbeit erneut auf die Probe gestellt.

Seit seinem Amtsantritt hat der US-Präsident Donald Trump die transatlantischen Beziehungen stark belastet. Ein Großteil der Befürchtungen hat sich bestätigt: Seine erratische und protektionistische Handelspolitik führt zu großer Unsicherheit. Geplante Investitionen werden teilweise gestoppt oder pausiert. Die US-Zollpolitik bremst die Weltwirtschaft. Dies belastet die tief in den Welthandel integrierten Volkswirtschaften Bayerns und Deutschlands in besonderem Maße.

Im Juli 2025 haben die USA und die Europäische Union eine politische Einigung im Handelsstreit erzielt. Damit bekommen die Unternehmen immerhin mehr Planungssicherheit. Verglichen mit dem Status Quo vor Trumps Amtsantritt haben sich die Handelsbedingungen für bayerische Unternehmen jedoch deutlich verschlechtert. Hoffnung machen die Vereinbarungen über eine gegenseitige Abschaffung von Zöllen für strategische Produkte und zollfreie Quoten, der Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen und eine stärkere Zusammenarbeit für die Wirtschaftssicherheit.

Unternehmen diesseits und jenseits des Atlantiks werden gleichermaßen von geopolitischen Konflikten, einer veränderten Weltwirtschaftsordnung und dem Klimawandel herausgefordert. Eine resiliente Aufstellung der Lieferketten gewinnt daher an Bedeutung.

Die Kernforderungen der vbw lauten:

- Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten: Um den globalen Herausforderungen zu begegnen, müssen die Wertepartner eng zusammenarbeiten. Die bayerische Wirtschaft darf im Konflikt zwischen China und den USA nicht zum Spielball werden.
- Machtbalance in den transatlantischen Beziehungen halten: Die EU muss auf Augenhöhe mit den USA agieren. Sie muss sich für ein stabiles Handelsregime einsetzen.
- Freihandel stärken: Die EU muss weltweite Verfechterin für den Freihandel bleiben und sich für den Erhalt einer regelbasierten und multilateralen Welthandelsordnung einsetzen. Handelsabkommen müssen mit mehr Pragmatismus geschlossen werden.
- Regionalpartnerschaften pflegen: Die bayerische Wirtschaft und die bayerische Staatsregierung können durch enge Beziehungen zu den strategisch wichtigen US-Bundesstaaten dazu beitragen, vorteilhafte Investitions- und Kooperationsbedingungen zu schaffen und Märkte zu erschließen.
- Technologiepartnerschaften ausbauen: Während die USA unter Trump auf Deregulierung setzen, droht die EU mit dem AI Act im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten. Die im EU-US-Handels- und Technologierat begonnene Zusammenarbeit für gemeinsame Standards und grenzüberschreitende Innovationsprojekte muss fortgesetzt werden.
- Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden: Um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, braucht es ein Level Playing Field.

1 Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit

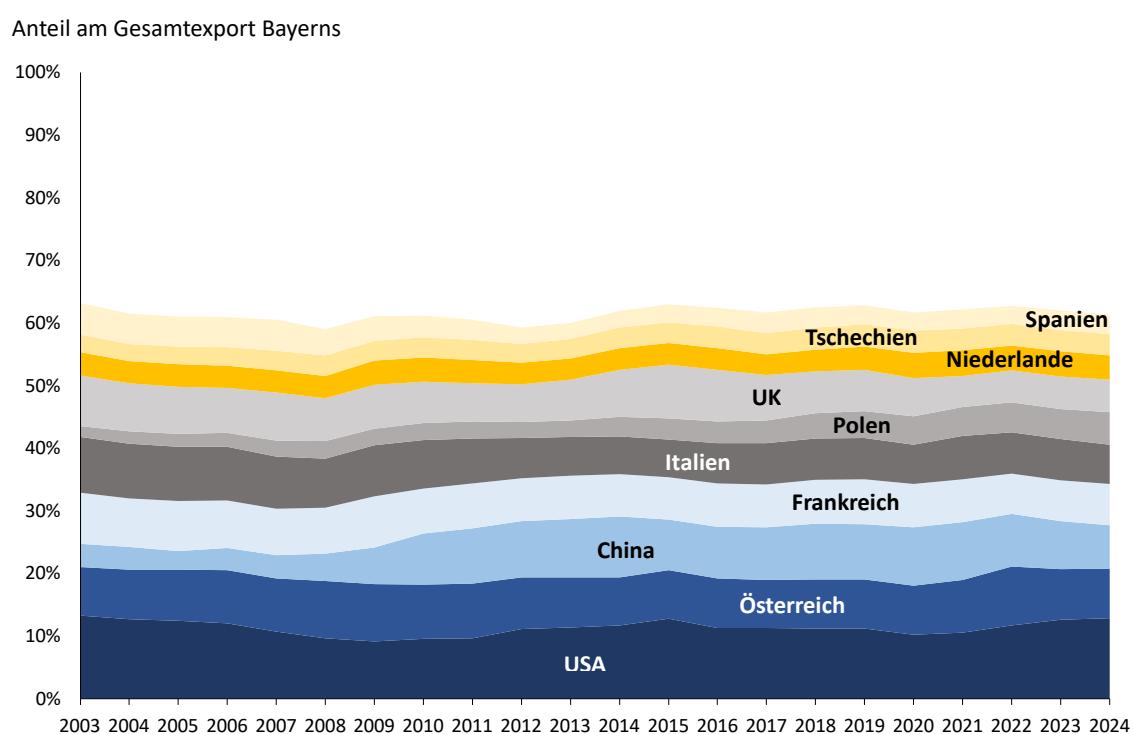
Starke und stabile bayerisch-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen sind im beiderseitigen Interesse.

1.1 Die Außenhandelsbeziehungen mit den USA

Die USA sind traditionell einer der wichtigsten Handelspartner Bayerns. Seit Jahrzehnten sind die Vereinigten Staaten der größte Exportmarkt für bayerische Produkte. Im Jahr 2024 exportierten bayerische Unternehmen Waren im Wert von 28,9 Milliarden Euro in die USA. Das waren 12,8 Prozent der gesamten bayerischen Exporte. Auf den Rängen zwei und drei folgten mit einem Abstand Österreich und China mit einem Anteil von 7,9 Prozent beziehungsweise 7,0 Prozent.

Abbildung 1

Die TOP-10 der Exportmärkte Bayerns



Quelle: eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Bei den Importen liegen die USA auf Rang sechs der wichtigsten Lieferländer Bayerns. Der Anteil an den Gesamteinfuhrten lag zuletzt bei 5,6 Prozent. Mit einem Handelsvolumen von 41,6 Milliarden Euro sind die USA der zweitgrößte Handelspartner des Freistaats.

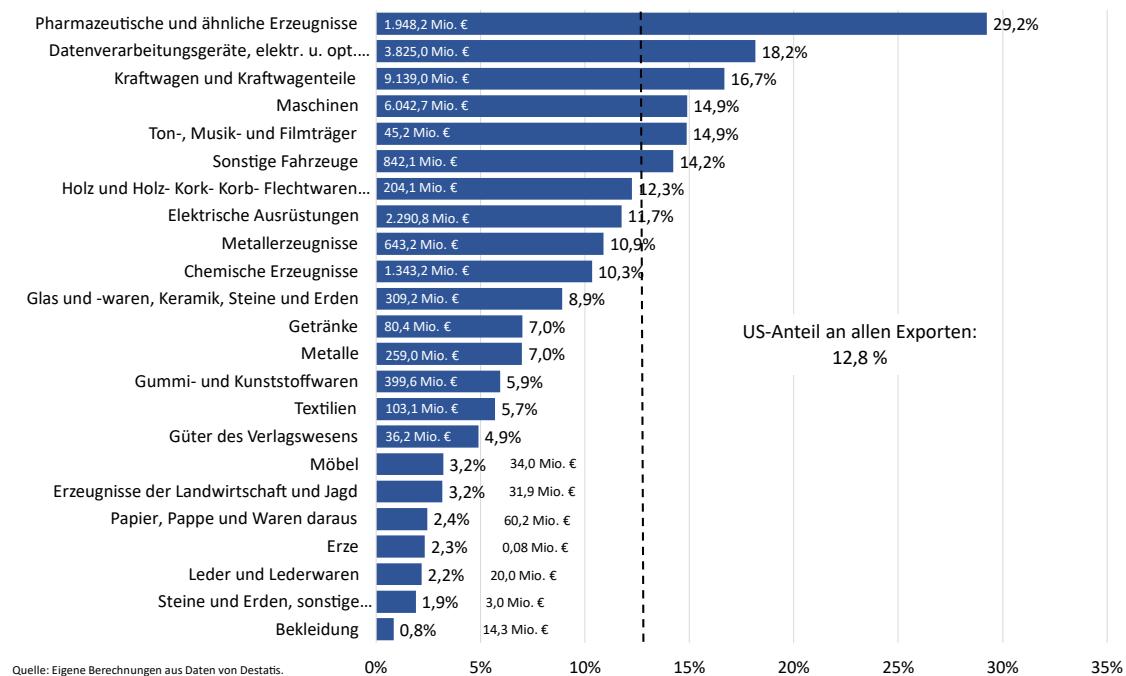
Bayern erwirtschaftet seit Jahren einen hohen Exportüberschuss im Handel mit den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2024 belief sich dieser auf 16,1 Milliarden Euro.

Abbildung 2 zeigt für diverse Produktgruppen den jeweiligen Anteil der entsprechenden Exporte in die USA. Zusätzlich wird der Exportwert angegeben.

Abbildung 2

Bedeutung der bayerischen Exporte in die USA für verschiedene Produktgruppen

Ausfuhren in die USA in Mio. Euro und Anteil an allen Ausfuhren dieser Produktgruppe, 2024



Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

0% 5% 10% 15% 20% 25% 30% 35%

Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Es zeigt sich, dass der US-Markt für pharmazeutische Erzeugnisse, DV-Geräte, Kraftwagen und Kraftwagen-Teile sowie für Maschinen eine klar überdurchschnittliche Bedeutung hat. Aber auch von den beiden anderen Warengruppen mit sehr hohen Exportwerten – den elektrischen Ausrüstungen und den chemischen Erzeugnissen – gingen im vergangenen Jahr über ein Zehntel der Exporte in die Vereinigten Staaten.

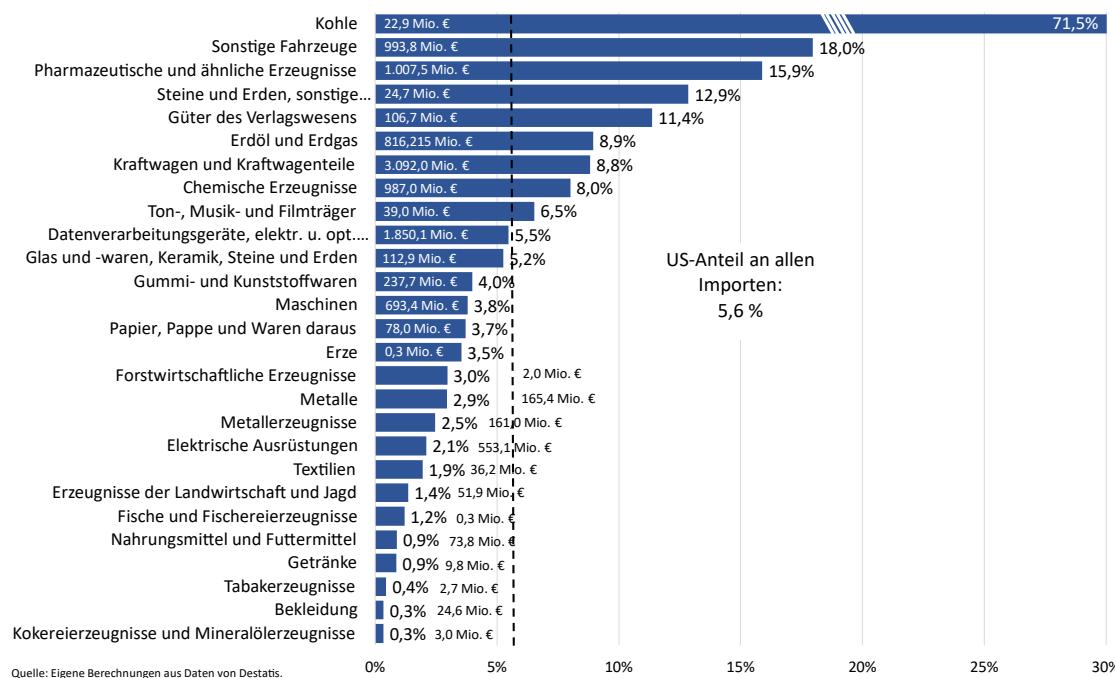
Abbildung 3 zeigt für verschiedene Produktgruppen den jeweiligen Anteil der entsprechenden bayerischen Einfuhren aus den USA. Daraus wird die wichtige Energiepartnerschaft ersichtlich: über 70 Prozent seiner Kohleimporte und knapp neun Prozent seiner Erdöl- und

Erdgasimporte bezieht Bayern aus den USA. Darüber hinaus sind die USA ein überdurchschnittlich wichtiger Beschaffungsmarkt unter anderem bei den Produktgruppen sonstige Fahrzeuge und pharmazeutische Erzeugnisse.

Abbildung 3

Bedeutung der bayerischen Importe aus den USA für verschiedene Produktgruppen

Einführen aus den USA in Mio. Euro und Anteil an allen Einführen dieser Produktgruppe, 2024



Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Aus US-amerikanischer Sicht gingen im Jahr 2024 3,8 Prozent aller Exporte nach Deutschland. Damit war die Bundesrepublik der fünftgrößte Exportmarkt für die US-Wirtschaft hinter Kanada (16,9 Prozent), Mexiko (16,2 Prozent), China (7,0 Prozent) und den Niederlanden (4,3 Prozent). Auf Bayern entfielen 0,5 Prozent der gesamten US-Exporte.

Umgekehrt ist Deutschland das viertgrößte Lieferland für die USA. Im Jahr 2024 bezogen die Vereinigten Staaten 4,9 Prozent ihrer Einführen aus Deutschland. Mehr Importe kamen nur aus Mexiko (15,5 Prozent), China (13,4 Prozent) und Kanada (12,6 Prozent). Auf Bayern entfielen 0,9 Prozent der gesamten US-Importe.

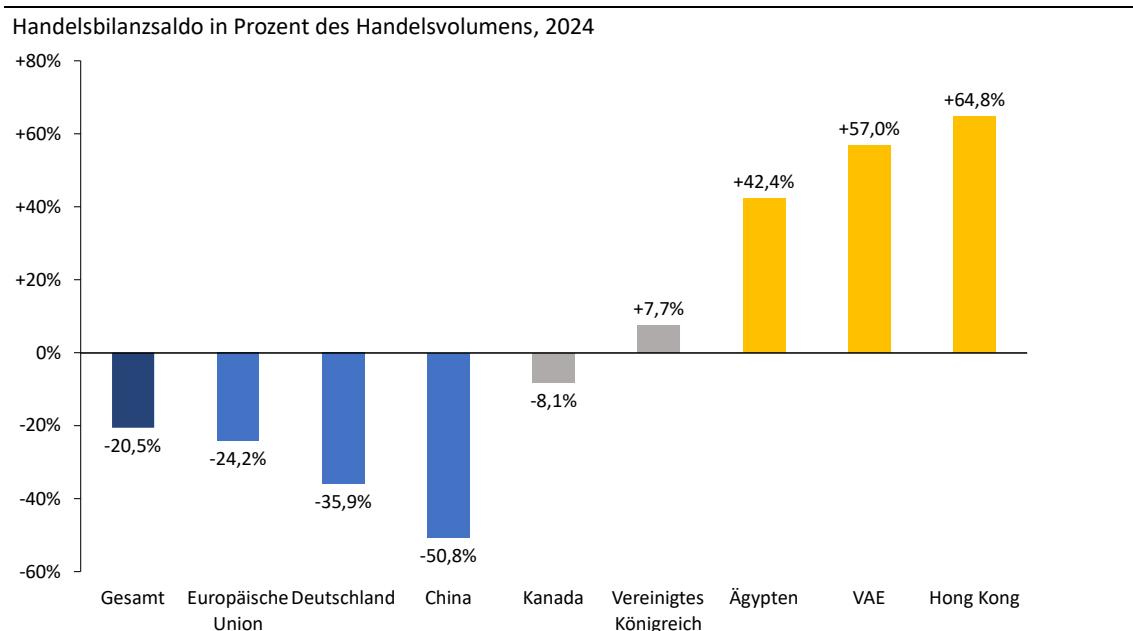
Die USA weisen traditionell ein sehr hohes Handelsbilanzdefizit auf. Im Jahr 2024 lag dieses bei 1,2 Billionen US-Dollar. Das entsprach 22,6 Prozent des gesamten Handelsvolumens.

Regional differenziert weisen die USA seit vielen Jahren vor allem gegenüber China ein großes Handelsdefizit auf. Im Jahr 2024 betrug die Differenz aus Ein- und Ausfuhren -295,5 Milliarden US-Dollar. Gegenüber der EU betrug das Defizit 235,9 Milliarden US-Dollar, wobei über ein Drittel (35,9 Prozent) dieses Defizits auf Deutschland zurückzuführen war (-84,7 Milliarden US-Dollar). In viele Länder des globalen Südens exportieren die USA hingegen mehr Waren, als sie von dort beziehen. Überschüsse verzeichnen die USA außerdem im Handel mit Ländern, die als regionale Drehscheiben dienen. So überstiegen die Exporte der Vereinigten Staaten in die Vereinigten Arabischen Emirate (+19,6 Milliarden US-Dollar) und nach Hong Kong (+21,9 Milliarden US-Dollar) die Importe von dort erheblich.

Betrachtet man die relativen Zahlen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Das US-Handelsdefizit gegenüber der EU lag mit 24,2 Prozent lediglich etwas höher als das Handelsdefizit insgesamt. Im Handel mit China lag das US-Defizit hingegen bei 50,8 Prozent. Dies bedeutet, dass die Einfuhren aus China die Ausfuhren nach China um das Dreifache überstiegen.

Der Handel der USA mit Kanada und dem Vereinigten Königreich gestaltet sich ausgeglichener. So lag das Außenhandelsdefizit der USA gegenüber Kanada bei 8,1 Prozent im Vergleich zum gesamten Handelsvolumen. Im Handel mit dem Vereinigten Königreich erreichten die Vereinigten Staaten sogar einen Außenhandelsüberschuss in Höhe von 7,7 Prozent.

Abbildung 4
Die Außenhandelsbilanz der USA



Quellen: eigene Berechnungen aus Daten des United States Census Bureau.

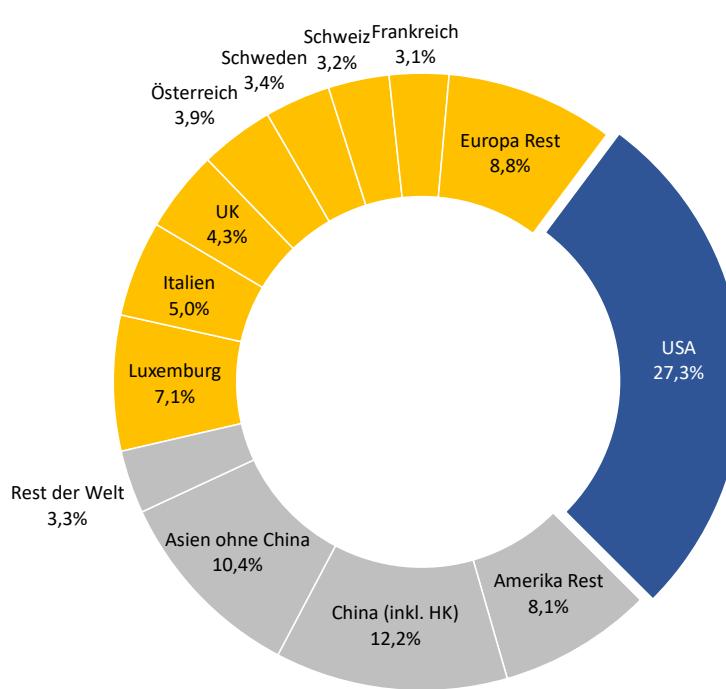
Gleichzeitig darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die USA vor allem mit ihren weltweit erfolgreichen Technologieunternehmen im internationalen Dienstleistungshandel Überschüsse erzielen. Eurostat beziffert den Überschuss der USA im Dienstleistungshandel mit der EU auf 148 Milliarden Euro, was das US-Defizit im Warenhandel teilweise ausgleicht. Insgesamt nähert sich das EU-USA-Handelsvolumen bei den Dienstleistungen mittlerweile dem bei den Waren an: 2024 lag es bei 816,9 Milliarden Euro (Dienstleistungen) im Vergleich zu 867,1 Milliarden Euro (Waren).

1.2 Die USA als Investitionsziel Nummer eins für die bayerische Wirtschaft

Für bayerische Direktinvestitionen sind die Vereinigten Staaten das Hauptziel. Über ein Viertel (27,3 Prozent bzw. 94,6 Milliarden Euro) des gesamten Bestandes an ausländischen Direktinvestitionen lagen 2023 in den USA (aktuellste verfügbare Daten). Insgesamt kontrollieren bayerische Investoren 988 Unternehmenseinheiten in den USA. Die 199.000 Beschäftigten dieser Unternehmen erzielten dabei einen Umsatz von umgerechnet gut 207 Milliarden Euro. Bayerische Unternehmen gewinnen durch diese Investitionen internationale Präsenz, neue Absatzmärkte und Innovationsimpulse.

Abbildung 5

Bayerische Direktinvestitionsbestände im Ausland, 2023, Anteil an den gesamten Beständen

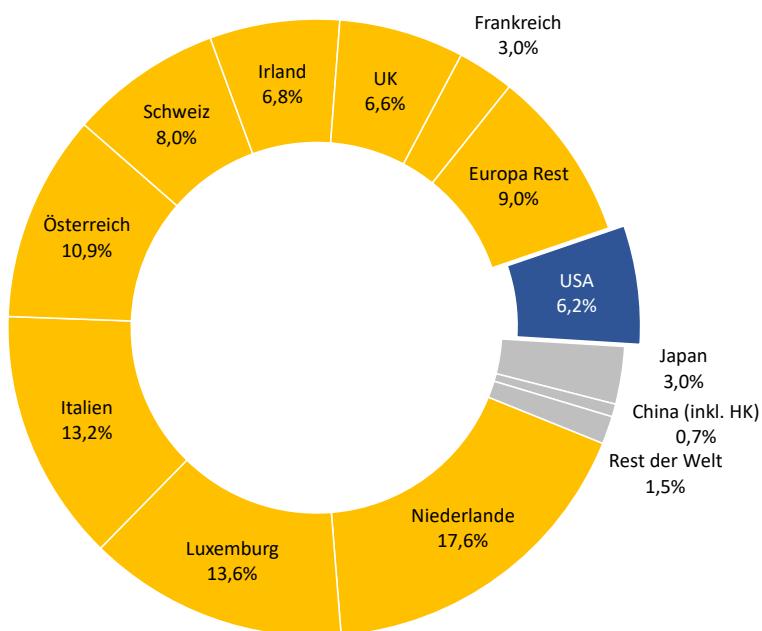


Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten der Bundesbank.

Umgekehrt ist der Freistaat auch ein beliebter Standort für Investitionen von US-Firmen. 6,2 Prozent des Bestandes an Investitionen ausländischer Unternehmen in Bayern stammten aus den USA. 10,3 Prozent des Bestandes an US-Investitionen in Deutschland wurden in Bayern getätigt.

Abbildung 6

Ausländische Direktinvestitionsbestände in Bayern, 2023, Anteil an den gesamten Beständen



Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten der Bundesbank

Die Daten verdeutlichen: Deutsche und US-Unternehmen sind wichtige Investoren und Handelspartner für den jeweils anderen Markt. Damit sind die Beziehungen zu den USA eine wichtige Stütze für Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern und Deutschland. Viele Arbeitsplätze entstehen hierzulande, weil bayerische Unternehmen ihre Produkte in den USA verkaufen und weil US-Unternehmen in Bayern investieren. Für große Firmen ist der Zugang zum US-Markt dabei ebenso wichtig wie für Unternehmen aus dem industriellen Mittelstand. Als größte Volkswirtschaft der Welt sind die USA zudem für die Dynamik der Weltwirtschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung.

2 Globale Herausforderungen

Geopolitische Spannungen, Handelskonflikte und der Klimawandel stellen die Weltpolitik und Weltwirtschaft vor Herausforderungen.

2.1 Geopolitische Spannungen

Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China um die Vormachtstellung in der Welt hat die internationale Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren verstärkt beeinflusst. Die zunehmenden Spannungen bedrohen die etablierte Weltwirtschaftsordnung. Das Risiko einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft mit einem US-dominierten Block auf der einen und einem chinesisch-dominierten Block auf der anderen Seite ist durchaus real.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die grundsätzliche Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen. Gleichermaßen gilt auch aus europäischer Sicht für China, das infolge der Menschenrechtsverletzungen im Land, seines Verhaltens gegenüber Taiwan sowie seiner zunehmend aggressiven und strategisch ausgerichteten Handels- und Subventionspolitik immer kritischer betrachtet wird.

Im Indo-Pazifik kommt es immer häufiger zu Streitigkeiten zwischen China und den Anrainerstaaten, was die für den Welthandel wichtigen Seeschifffahrtswege gefährdet. Die USA haben ihre Militärpräsenz in der Region daher gestärkt, eine Sicherheitspartnerschaft mit Australien und dem Vereinigten Königreich geschlossen und ihre Handelspartnerschaften mit südostasiatischen Ländern ausgebaut.

Zuletzt ist nach der Attacke der Hamas auf Israel im Oktober 2023 und dem daraus folgenden bewaffneten Konflikt die Sorge um einen Flächenbrand im Nahen Osten gewachsen. Nach dem US-Angriff auf iranische Atomanlagen im Juni 2025 wird um ein neues Atomabkommen gerungen.

Staaten und Staatenbündnisse suchen in Schlüsselsektoren nach strategischer Autonomie. Zugleich werden wirtschaftliche Abhängigkeiten politisch genutzt und als „Waffe“ eingesetzt. In diesem geopolitisch herausfordernden Umfeld wird es für Unternehmen zunehmend schwieriger und aufwendiger, Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten und auszubauen. Sie setzen vermehrt auf Regionalisierung und „Local for Local“. Partnerschaften mit Ländern, die dieselben Werte teilen, gewinnen insbesondere für Europa an Bedeutung.

2.2 Veränderte Weltwirtschaftsordnung

Die Weltwirtschaft befindet sich im Umbruch. Die westlich geprägte liberale und multilaterale Handelsordnung unter dem Dach der WTO funktioniert schon seit Längerem nur noch sehr eingeschränkt. Durch die protektionistische Zoll- und Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump gewinnt die Erosion des regelbasierten Weltwirtschaftssystems an Brisanz

und Dynamik. Die vbw Studie [Folgen einer neuen Welt\(wirtschafts\)ordnung für Deutschland und Bayern](#) kommt zu dem Schluss, dass ein künftiges Welthandelssystem von bilateralen statt multilateralen Beziehungen, von Machtpolitik statt regelbasierter Politik geprägt sein wird. Die geopolitischen Rivalitäten nehmen zu – vor allem zwischen den USA und China – und die Außen- und Wirtschaftspolitik der Staaten ist zunehmend von Eigeninteressen geleitet. Diese Veränderungen werden den Welthandel und das globale Wachstum dämpfen.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden. Unternehmen sind mehr denn je gefordert, ihre Beschaffungs- und Absatzmärkte zu diversifizieren, um nicht zum Spielball geopolitischer Konflikte zu werden. Der globale Ordnungsrahmen wird deutlich instabiler sein als bisher, was die mittel- und langfristige Planbarkeit für Unternehmen massiv behindert und im globalen Durchschnitt zu einem deutlichen Anstieg von Handelshemmnissen führt.

2.3 Klimawandel und Dekarbonisierung

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit und Wirtschaft hat. Die Flucht vor Umweltkatastrophen führt weltweit zu Migrationsbewegungen und kann zu gesellschaftlichen Spannungen in den Zielländern führen. Extreme Wetterereignisse, Überschwemmungen und Hochwasser, Hitze und Dürre sowie Wirbelstürme schaden Mensch und Industrie. Lieferketten werden unterbrochen, weil Infrastruktur zerstört ist. Durch globale Handelsketten wirken sich Schäden in einer Region der Welt schnell auch auf die Wirtschaft in anderen Regionen aus.

Im Pariser Klimaabkommen von 2015 verpflichteten sich 195 Staaten, den Klimawandel einzudämmen und die Weltwirtschaft klimafreundlich umzugestalten. Die USA und die Europäische Union setzten jeweils umfassende Förderprogramme auf. 2022 trat mit dem Inflation Reduction Act ein milliardenschweres industrielitisches Klimaschutzprogramm für die amerikanische Wirtschaft in Kraft. Mit dem erneuten Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen und der Abschaffung der Investitionsanreize für erneuerbare Energien wenden sich die USA unter US-Präsident Trump jedoch erneut von der internationalen Klimaschutzpolitik ab. Die EU-Kommission rückt mit dem Clean Industrial Deal die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in den Vordergrund, ohne die Klimaziele aufzugeben.

Um das Klima effektiv zu schützen und die natürliche Lebensgrundlage der Menschen zu sichern, müssen die Staaten weltweit zusammenarbeiten. Koordinierte klimapolitische Maßnahmen reduzieren unfaire Wettbewerbsvorteile. Internationale Technologiekooperationen können dazu beitragen, klimafreundliche Produkte und Services zu entwickeln und Emissionen zu reduzieren.

3 Wirtschaftsagenda Trump 2.0

Seit seinem Amtsantritt setzt Präsident Donald Trump seine Wahlversprechen um und verändert die bisherige Welt(wirtschafts)ordnung.

Seit Januar 2025 ist Präsident Trump zum zweiten Mal als US-Präsident im Amt. Die Republikaner stellen die Mehrheit in beiden Häusern im Kongress und das US-Verfassungsgericht ist republikanisch dominiert. Somit verfügt Trump über eine größere Machtfülle als in der ersten Amtszeit.

Der Präsident hat seine Macht genutzt, um Amerika grundlegend umzugestalten. Er hat den Welthandel auf den Kopf gestellt, die US-Administration umgestaltet, die Einwanderung drastisch eingeschränkt und die USA in neue Kriege verwickelt. Sein erratischer und unberechenbarer Regierungsstil sorgt in den USA und weltweit für Unsicherheit.

Im Folgenden stellen wir die Entwicklungen in den Politikfeldern Handel, Steuern, Energie/Klima/Umwelt, Außenpolitik sowie Wissenschaft und Künstliche Intelligenz vor.

3.1 Handelspolitik – Zölle

Trump kritisiert das globale Handelssystem als nachteilig für die USA, verantwortlich für Handelsdefizite, Produktionsrückgänge und Jobverluste. Am Tag seines Amtsantritts veröffentlichte das Weiße Haus sein „America First Trade Policy“-Memorandum, mit dem die amerikanischen Interessen und Arbeitnehmer in den Vordergrund der US-Handelspolitik gestellt werden sollen. Trump lehnt internationale Institutionen wie die WTO und regelbasierte Systeme ab. Seine Handelspolitik steht den WTO-Regeln, insbesondere dem Meistbegünstigungsprinzip, diametral entgegen. Statt auf Multilateralismus zu setzen, spielt er in bilateralen Beziehungen die Macht der USA aus und übt Druck auf die (Handels-)Partner aus, US-Interessen zu folgen.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Trump Zölle gegen bestimmte Handelspartner und auf Importe bestimmter Warengruppen erhoben. Bisher wurden sektorspezifische Zuzollzölle für die Einfuhren von Stahl- und Aluminium sowie deren Derivaten (aktuell: 50 Prozent), Autos und bestimmte Autoteile (aktuell: 25 Prozent) und bestimmte Kupferimporte (aktuell: 50 Prozent) erlassen. Zahlreiche weitere laufende Abschnitt 232-Untersuchungen sind Zeichen dafür, wie umfassend Trump den amerikanischen Markt schützen will. Am „Liberation Day“, dem 02. April 2025, führte Trump sogenannte „reziproke Zölle“ in Höhe von 10 bis 50 Prozent gegen über 90 Handelspartner ein, die er eine Woche später in Folge massiver Kursabstürze an den Börsen, bis 01. August 2025 aussetzte und durch einen zusätzlichen Basiszoll von 10 Prozent ersetzte. Inzwischen hat die US-Administration mit einigen Handelspartnern politische Rahmenvereinbarungen und Abkommen zur Regelung des bilateralen Handels geschlossen.

Mit der EU einigten sich die USA am 27. Juli 2025 politisch. Am 21. August 2025 veröffentlichten beide eine gemeinsame Erklärung. Diese wird derzeit auf beiden Seiten in den Gesetzgebungsverfahren rechtsverbindlich umgesetzt. Im Kern hat man sich darauf geeinigt, dass für EU-Importe in die USA grundsätzlich ein einheitlicher Zollsatz von 15 Prozent gelten soll, der den Meistbegünstigungszollsatz (MFN) einschließt. Für bestimmte Güter gibt es Ausnahmen. Erstens: Produkte, für die der US-Meistbegünstigungszollsatz (MFN) höher als 15 Prozent liegt, werden mit diesem höheren MFN-Zoll belegt. Zweitens: Auf nicht verfügbare natürliche Ressourcen, alle Flugzeuge und Flugzeugteile, generische Arzneimittel sowie deren Inhaltstoffe und chemische Vorprodukte aus der EU wenden die USA ausschließlich den MFN-Zollsatz an, auch wenn dieser niedriger als 15 Prozent ist. Die EU besiegelt die Zölle auf US-Industriegüter sowie gewährt bestimmten landwirtschaftlichen Produkten und Meeresfrüchten präferenziellen Marktzugang. Im Stahl- und Aluminiumsektor wollen die USA und EU die Überkapazitäten angehen und gemeinsam an einem Zollsatz-Kontingent-System arbeiten. Im Nachgang zur Einigung hat das US-Handelsministerium 407 Warengruppen zur Liste der derivaten Stahl- und Aluminiumprodukte hinzugefügt. Infolgedessen unterliegt der Stahl- und Aluminiumanteil dieser Waren einem Zollsatz von 50 Prozent. Betroffen sind unter anderem Windturbinen, Kräne, Bagger und andere schwere Maschinen, Waggons, Möbel, Kompressoren und Pumpen.

Das ifo-Institut geht davon aus, dass die Zölle in Deutschland zu BIP-Verlusten in Höhe von 8,6 Milliarden Euro führen könnten. Die deutschen Exporte in die USA könnten um 16 Prozent einbrechen. Zwar würden manche Waren in andere Länder umgeleitet, dennoch dürften die deutschen Exporte insgesamt um etwa 1,4 Prozent zurückgehen. Die Auswirkungen auf Bayern könnten mit Blick auf den hohen Anteil an Exporten in die USA noch einmal stärker ausfallen. Auch die Zusage der EU, Energie, KI-Chips und möglicherweise Rüstungsgüter aus den USA zu beziehen, wird jedenfalls partiell zu Lasten Europas gehen.

Selbst Unternehmen mit US-Standorten leiden unter den Zöllen. Es wird erwartet, dass der US-Markt dadurch an Bedeutung verlieren könnte. Die Zölle sind ein handelspolitischer Schock für viele Firmen und zwingen sie dazu, globale Märkte neu zu bewerten und Investitionen neu auszurichten. Die Wirtschaftspolitik der Trump-Administration wirkt sich auch auf die Investitionspläne deutscher und bayerischer Unternehmen aus. Einige Unternehmen haben ihre geplanten US-Investitionen zeitlich verschoben, einige wenige haben sie sogar komplett gestrichen.

3.2 Wirtschaftspolitik – US-Steuer- und Haushaltsgesetz

Mit dem sogenannten One Big Beautiful Bill Act (OBBA) haben Kongress und Präsident ein 3,4 Billionen US-Dollar schweres Steuer- und Haushaltsgesetz in Kraft gesetzt. Das Gesetz soll mehr Jobs in den USA schaffen und Investitionen in die Infrastruktur ankurbeln. Weitere Ziele sind unter anderem die Sicherung von Innovationen und niedrigere Energiekosten.

Das Gesetz umfasst ein Paket von Steuervergünstigungen und Haushaltsmaßnahmen. Es beinhaltet viele dauerhafte Verlängerungen der Steuersenkungen für Unternehmen und

Privatpersonen aus der ersten Amtszeit von Präsident Trump, die ursprünglich Ende 2025 auslaufen sollten. Zusätzlich sind weitere Steuererleichterungen, eine grundlegende Änderung des internationalen Steuerrahmens und Streichungen der Steueranreize für saubere Energie für Unternehmen geplant. Das Gesetz sieht auch erhöhte Ausgaben für Grenzschutz und Verteidigung vor. Es soll mehr Geld in Schiffbau, Luft- und Raketenabwehr sowie Munitions- und Atomwaffenprogramme fließen.

Erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten für den Kauf von Betriebsausstattung dürften besonders produktionsintensiven Branchen wie der Industrie zugutekommen. Für Forschungs- und Entwicklungsausgaben vorgesehenen Steuernachlässe könnten sich vorteilhaft auf forschungsintensive Branchen wie den Gesundheitssektor auswirken.

Die Automobilbranche kann, wenn sie in den USA produziert, von den höheren Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebsausstattung profitieren. Zudem lassen sich die Zinsen auf Autokredite künftig steuerlich absetzen, was die Verkäufe ankurbeln könnte. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Autos in den USA endmontiert wurden. Außerdem fällt die Förderung für E-Autos weg (siehe Kapitel 3.3). Im Zuge des OBBBA wurden die Strafen für die Nichteinhaltung von Anforderungen an Schadstoffemissionen (CAFE) komplett gestrichen.

3.3 Energie, Klima und Umwelt

Mit dem erneuten Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen verlässt der weltweit zweitgrößte CO₂-Emittent das Klimabündnis. Damit untergräbt die US-Administrationen die internationalen Bemühungen, dem Klimawandel zu begegnen.

Entsprechend verändern sich auch in Trumps Haushaltspaket die Prioritäten: Für einige Segmente der Energie- und Klimabranche gibt es neue Geschäftschancen, für andere werden die Förderungen zurückgefahren:

- **Wind- und Solarenergie:** Die Steuervergünstigungen werden schrittweise abgeschafft.
- **Kohle:** Metallurgische Kohle, die zur Stahlherstellung verwendet wird, wird in die Liste der kritischen Mineralien aufgenommen, die für Steuervergünstigungen in Frage kommen.
- **Atomkraft:** Das Gesetz weitet die finanzielle Förderung für Atomenergie aus.
- **Geothermie:** Die Steuervergünstigungen für Geothermie gelten weiter.

Der OBBBA beendet eine Reihe von Steueranreizen für erneuerbare Energien, die unter der Biden-Administration eingeführt worden sind, insbesondere im Rahmen des Inflation Reduction Act von 2022. Diese Kehrtwende hat unmittelbare Auswirkungen auf ausländische Unternehmen, die in den letzten Jahren in den US-Markt für erneuerbare Energien investiert haben. Viele dieser Firmen hatten ihre US-Strategien auf Basis der steuerlichen Rahmenbedingungen geplant. Der Wegfall der Förderanreize schmälert die Rentabilität laufender oder geplanter Projekte. Gerade für international operierende Konzerne

bedeutet das, dass die USA als verlässlicher Markt für grüne Technologien an Attraktivität verlieren.

Das Gesetz schafft auch die steuerlichen Anreize aus dem Inflation Reduction Act 2022 für Elektrofahrzeuge und Energieeffizienzprogramme weitgehend ab.

3.4 Außenpolitik

In der Außenpolitik setzt Präsident Donald Trump auf „America First“. Mit seinen Maßnahmen und Äußerungen bricht er mit der regelbasierten, liberalen internationalen Weltordnung nach 1945 und gibt den Multilateralismus auf.

Trumps Beziehungen zu seinen Verbündeten sind rein transaktional und reichen von Gleichgültigkeit bis Feindseligkeit, während er zu bestimmten Gegnern der USA freundlichere Beziehungen anstrebt. Die Regierung zieht sich aus der internationalen Zusammenarbeit in Bereichen wie Umwelt, globale Gesundheit oder Wirtschaft zurück, da sie diese als dem nationalen Interesse zuwiderlaufend ansieht. Außerdem wurden die Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit stark gekürzt.

Trump begann einen Handelsstreit mit Kanada und Mexiko und setzt den laufenden Handelsstreit mit China fort. Er hat wiederholt geäußert, Kanada, Grönland und den Panama-kanal annexieren zu wollen. Er vertritt eine harte pro-israelische Haltung. Als Reaktion auf den Gaza-Krieg schlug er vor, den Gazastreifen zu übernehmen, die palästinensische Bevölkerung zwangsweise in andere arabische Staaten umzusiedeln und Gaza zu einer Sonderwirtschaftszone zu machen. Im Juni 2025 autorisierte er Angriffe auf iranische Atomanlagen. Trump strebt eine Neuausrichtung mit Wladimir Putins Russland an, einem langjährigen Gegner der USA. Der Friedensplan der USA für die Ukraine orientiert sich stark an den Forderungen Russlands. Die Ausarbeitung schloss die europäischen Partner weitestgehend aus. Diese Schritte wurden von den meisten Verbündeten der USA und von zahlreichen internationalen Organisationen kritisiert. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA sieht einen starken Fokus der USA auf die westliche Hemisphäre vor. Der Iran und Nordkorea werden in der Strategie nicht mehr thematisiert. Die Europäische Union wird als supranationale Organisation, aufgrund ihrer Werte und Gesetzgebung stark kritisiert. Die Strategie macht deutlich, dass die USA lieber mit einzelnen europäischen Staaten als mit der Europäischen Union arbeiten würden und dass die Vereinigten Staaten auf die europäische Politik einwirken wollen. Außenpolitische Ziele sollen auch mit ökonomischen Mitteln erreicht werden. All das signalisiert eine signifikante und anhaltende Kursänderung der US-amerikanischen Außenpolitik.

Mit seiner harten Linie und der Drohung, die NATO zu verlassen, ist Präsident Trump gelungen, die NATO-Partner zu höheren Verteidigungsausgaben zu bewegen. Auf dem NATO-Gipfel im Juni 2025 haben die Mitgliedsstaaten beschlossen, spätestens ab 2035 fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung und Sicherheit zu investieren. Bisher lag das Ziel bei zwei Prozent.

3.5 Angriff auf die Wissenschaft

Die Kürzungen der Trump-Administration bei staatlich finanzierte Forschung und Entwicklung, ihr Kampf gegen international führende Hochschulen und ihre ablehnende Haltung gegenüber Einwanderern sind ein Angriff auf Amerikas Innovationskraft. Die Einschnitte im Wissenschafts- und Innovationsökosystem gefährden die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der USA.

Die Mittel für staatliche Forschung und Entwicklung werden gekürzt: Für das Haushaltsjahr 2026 sind Einschnitte für das Nationale Wissenschaftsbehörde NSF und die Nationale Gesundheitsbehörde NIH vorgesehen. Diese Einsparungen werden voraussichtlich zu weniger neuen Patenten und weniger neuen Arzneimitteltherapien führen. Zielscheibe ist auch die Klimaforschung. Internationalen Forschungseinrichtungen wie dem Goddard Institute for Space Studies der NASA und der US-Wetter- und Ozeanographie-Behörde wurden finanzielle Mittel und Stellen gekürzt. Beide stellen wichtige Beobachtungsdaten weltweit für die Landwirtschaft und Vorhersage von Wetterextremen zur Verfügung, die nun fehlen. Das Budget der nationalen Raumfahrtbehörde NASA soll um fast ein Viertel gekürzt werden, ihr Forschungsbudget um ungefähr die Hälfte.

Universitäten und Hochschulen stehen unter Druck: Ohne nachhaltige staatliche Förderung der Forschungseinrichtungen riskieren die USA, ihre globale Führungsrolle zu verlieren. Tatsächlich wird es für Universitäten praktisch unmöglich sein, den Verlust staatlich geförderter Forschung und Entwicklung auszugleichen, da private Stiftungsfonds in der Regel die langfristige Nachhaltigkeit einer Institution sichern und nicht die Förderung von Forschung im Frühstadium oder angewandter Wissenschaften ermöglichen sollen.

Die verschärften Einwanderungs- und Visapolitik der Trump-Regierung vertreibt Forscher und Spatenstudenten aus den USA. Ausländische Studierende scheuen ein Studium in den USA und sind verunsichert, weil legal im Land lebenden Doktoranden mit Abschiebung gedroht wird. Umfragen zufolge haben fast drei Viertel der US-Forscher Anfang 2025 erworben, die USA zu verlassen. Ein solcher Braindrain würde die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erheblich beeinträchtigen. Einer Studie zufolge wurden 25 Prozent der milliardenschweren US-Start-ups von ausländischen Studenten gegründet, und insgesamt wurden fast die Hälfte der Fortune 500-Unternehmen des Landes von Immigranten gegründet.

Auch transatlantische Forschungskooperationen werden durch die Kürzungen infrage gestellt.

3.6 Trumps KI-Aktionsplan

Mit einem 90 Maßnahmen umfassenden KI-Aktionsplan will die US-Administration die Technologieregulierung reduzieren, um die USA zum weltweiten Vorreiter im Bereich Künstliche Intelligenz zu machen. Öffentliche Verwaltung und das Militär sollen KI umfassend nutzen. Der Plan basiert auf drei Säulen:

[Wirtschaftsagenda Trump 2.0](#)

- **Förderung amerikanischer Innovationen:** KI-Innovationen sollen beschleunigt werden. Dafür sollen regulatorische Hürden für die Entwicklung abgebaut werden.
- **Ausbau der KI-Infrastruktur:** Genehmigungsverfahren für den Bau von Rechenzentren werden vereinfacht und die Cybersicherheit kritischer Infrastrukturen verbessert.
- **Förderung amerikanischer Technologie im Ausland:** Ein Exportprogramm soll Chips, KI-Modelle und Standards gezielt an Verbündete liefern – als Bollwerk gegen chinesischen Einfluss.

Vertreter der amerikanischen Technologiebranche wie der Verband NetChoice, zu dessen Mitglieder Amazon, Google und Meta zählen, begrüßten den Plan.

4 Kernforderungen der vbw

Globale Herausforderungen können nur im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft gelöst werden.

Deutschland und die USA profitieren seit Jahrzehnten vom Zugang zum jeweils anderen Markt, gegenseitigen Investitionen sowie dem Freihandel allgemein. Dies sollte die US-Administration bei ihrem völlig nachvollziehbaren und berechtigen Ziel berücksichtigen, industrielle Wertschöpfung im eigenen Land zu erhalten und zurückzugewinnen, um den Wohlstand für die eigene Bevölkerung zu erhöhen. Die Stabilität und Kontinuität der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind zum gegenseitigen Nutzen und müssen deshalb auch zukünftig sichergestellt bleiben. Die EU muss auf Augenhöhe agieren.

4.1 Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten

Mehr Kooperation und Abstimmung statt Abgrenzung: Die geopolitischen Spannungen, insbesondere in Bezug auf Russland und China, erfordern eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. Beide Mächte richten ihre Politik vor diesem Hintergrund stärker auf Wirtschaftssicherheit aus. Maßnahmen wie Sanktionen, Export- und Investitionskontrollen müssen eng zwischen den Wirtschaftspartnern abgestimmt werden, um zwischen ihnen ein Level Playing Field und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Daher begrüßen wir, dass die USA und die Europäische Union eine engere Zusammenarbeit in diesem Bereich vereinbart haben.

Die USA sind und bleiben für die Europäische Union ein wichtiger Bündnispartner und Stabilitätsanker. Gleichzeitig muss Europa seiner Verantwortung in der Verteidigung gerecht werden. So gewinnt Europa an Sicherheit und Autonomie sowie eine verbesserte Verhandlungsposition gegenüber den USA. Mit der Zustimmung zum neuen NATO-Ausgabenziel in Höhe von fünf Prozent des BIP hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt unternommen.

4.2 Machtbalance in den transatlantischen Beziehungen halten

Wichtigste Errungenschaft des EU-US-Deals ist, dass ein Handelskrieg vermieden werden konnte – zumindest vorübergehend. Doch das Hin und Her im Zollkonflikt belastet die Wirtschaft. Der Deal ist verglichen mit dem Status Quo vor April 2025 und durchschnittlichen Zöllen von 1,5 Prozent eine Verschlechterung. Der Handel mit den USA ist nicht nur teurer, sondern mit den unzähligen Regelungen und Ausnahmen auch deutlich komplexer geworden. Die Unternehmen zahlen einen wirtschaftlich hohen Preis und müssen mit Einkäufen im Exportgeschäft rechnen. Die USA waren mit knapp 13 Prozent aller Ausfuhren im Jahr 2024 der größte Exportmarkt nicht nur für den Freistaat insgesamt, sondern insbesondere für die bayerischen Exportschlager Pkw und Maschinen. Mehr als jedes zweite

bayerische M+E Unternehmen exportiert in die USA, über die Hälfte davon war bereits konkret von Zollsteigerungen betroffen und bei jeweils einem Drittel wurden Bestellungen reduziert oder verschoben.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit den Zöllen nun noch einmal schwieriger geworden, die Effekte auf die bayerische Wirtschaft sind bereits zu spüren. Aber die EU hat als weltwirtschaftliches Schwergewicht große Gestaltungsmacht. Sie muss mit den USA auf Augenhöhe agieren und trotz der Schwierigkeiten eng zusammenarbeiten. Sie muss sich für ein stabiles Handelsregime mit verbindlichen Regeln einsetzen, damit die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks wieder Planungssicherheit bekommen. Langfristiges Ziel muss ein Freihandelsabkommen sein, von dem beide Seiten profitieren. Die Einigung auf gegenseitige Null-für-Null-Zölle für strategische Produkte und zollfreie Quoten ist ein Schritt in diese Richtung und muss zügig WTO-konform umgesetzt werden. Auch die vereinbarte Zusammenarbeit zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse ist ein positives Signal. Damit der Abbau effektiv gelingt, müssen die Wirtschaftsvertreter eng eingebunden werden. Gemeinsame Standards und eine gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen im Automobilsektor können hier ein Exempel werden.

4.3 Freihandel stärken

Der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns basieren auf einem funktionierenden internationalen Handel. Die US-Administration torpediert das derzeitige Welthandelssystem und setzt auf das Recht des Stärkeren. Dem muss die EU entgegentreten, indem sie weiter konsequent auf Freihandel setzt. Unabhängig vom künftigen Verhältnis mit den USA, müssen wir unsere Handelsbeziehungen diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren.

Die EU muss jetzt möglichst schnell mit möglichst vielen Staaten und Regionen (Rohstoff-)Partnerschaften und Handelsabkommen schließen. Das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen und das modernisierte EU-Mexiko-Globalabkommen müssen zügig ratifiziert werden, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien zum Abschluss gebracht werden. Außerdem müssen die bestehenden Binnenmarkt-Hindernisse zwischen den Mitgliedstaaten abgebaut werden, um den Außenhandel der europäischen Unternehmen zu unterstützen. Die EU wird zwar die Erosion der bisherigen multilateralen Welthandelsordnung nicht aufhalten können. Gleichwohl können die Europäer sich damit innerhalb der instabilen künftigen Weltordnung resilenter aufstellen.

Parallel zum Abschluss bilateraler Abkommen muss sich die EU weiterhin für den Erhalt einer regelbasierten und multilateralen Welthandelsordnung einsetzen. Die EU muss gemeinsam mit einer möglichst breiten Allianz von Partnern die Reform der WTO vorantreiben. Angesichts der veränderten Weltordnung muss sie jedoch auch über Alternativen bzw. Brückenlösungen nachdenken. Insofern begrüßen wir die Annäherung an das Handelsbündnis CPTPP.

4.4 Regionalpartnerschaften pflegen

Da sich die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der Bundesebene in den USA erschwert haben, gewinnt die Kooperation mit den US-Bundesstaaten an Bedeutung. Sie muss strategisch ausgebaut und vertrauensvolle Kontakte gepflegt werden. Im politischen System der USA sind die Bundesstaaten wesentliche Gestalter der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Viele haben beispielsweise eigene Klimaschutzinitiativen und halten daran auch unter der Trump-Administration fest. Damit bleiben die Geschäftschancen für die bayerische Wirtschaft erhalten. Bayerische Firmen profitieren bei ihren Investitionen in den USA von guten Verbindungen zu den lokalen Regierungen und Wirtschaftsförderungen (z. B. bei Genehmigungsprozessen, Zugang zu Förderung und Initiativen zur Fachkräftegewinnung). Das vbw Verbindungsbüro in New York ist eine wichtige Anlaufstelle für bayerische Unternehmen. Wir begrüßen, dass die Staatsregierung bayerische Unternehmen mit über 15 Messebeteiligungen in den USA in 2025 bei der Markterschließung unterstützt und regelmäßig nach Amerika reist.

4.5 Technologiepartnerschaften ausbauen

Während die USA ihre Regulierungen im Hightech-Bereich reduzieren (vgl. KI-Aktionsplan), droht in Europa mit dem AI Act eine Überregulierung. Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, deren Potenziale wir nutzen müssen. Dafür brauchen wir einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen auf der EU-Ebene.

Eine verstärkte Zusammenarbeit bei Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, 5G/6G und der Digitalisierung sichert uns ein Level Playing Field. Durch harmonisierte Standards und die Förderung grenzüberschreitender Innovationsprojekte können amerikanische und bayerische Firmen im globalen Wettbewerb gestärkt werden.

4.6 Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden

Wie schon in seiner ersten Amtszeit sind die USA unter Präsident Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Dennoch müssen Wege gefunden werden, um die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz und -anpassung zu stärken.

Gemeinsam Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln und umzusetzen dürfte schwierig werden. Im US-Kongress gibt es jedoch von beiden Parteien Vorschläge für einen CO₂-Bepreisungsmechanismus, der in erster Linie gegen CO₂-intensive Importe unter anderem aus China abzielt und eine mögliche Einnahmequelle für den angespannten Haushalt wäre. Hier muss die Europäische Kommission im engen Austausch bleiben, um sich für eine Harmonisierung der Mechanismen einzusetzen und bürokratische Nachweispflichten für Unternehmen zu vermeiden.

Die bayerische Staatsregierung sollte sich auf der Ebene der Bundesstaaten für eine stärkere Zusammenarbeit bei Entwicklung und Ausbau von nachhaltigen Energien,

[Kernforderungen der vbw](#)

Speicherlösungen sowie bei Investitionen in grüne Infrastruktur einsetzen. Dies ist nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für eine stabile Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Unternehmen aus den USA und Europa verfügen über fortschrittliche Technologien, um dem Klimawandel zu begegnen. Investitionen in die Klimaanpassung können Schadensrisiko, Vermögensverluste und klimabedingte Produktivitätseinbußen vermeiden helfen.

[Ansprechpartner/Impressum](#)

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon +49 89-551 78-482

Marion.zilker@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon +49 89-551 78-422

elias.kerperin@vbw-bayern.de

Christoph Kolle

vbw Verbindungsbüro New York

Telefon +1 917-216-9569

christoph.kolle@vbw.com

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2026